

Gemeinde könnte bei Fachstelle mit im Boot sein

Von unserem Redaktionsmitglied
KAI VON STOCKUM

Langenberg (gl). 287 rumänische Staatsbürger sind in Langenberg gemeldet, 155 Männer, Frauen und Kinder aus Polen, 84 Personen aus Bulgarien. Das Gros dieser Menschen dürfte wegen eines in ihren Augen gut bezahlten Jobs in der fleischverarbeitenden Industrie in die Gemeinde gekommen sein. Die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen sind häufig prekär, die Integration gestaltet sich schwierig.

Viele der bei Tönnies und Co. beschäftigten Osteuropäer seien seit vielen Jahren hier, täten sich aber beispielsweise mit der deutschen Sprache nach wie vor schwer, berichtete unlängst Volker Brüggjenjürgen vom Kreis Caritasverband vor den Mitgliedern des Ausschusses für Jugend, Familie und Senioren. Dort stellte er das Vital-Projekt der Organisation vor, das sich der Probleme der Werkvertragsarbeiter annehmen und eine interkommunale Fachstelle zur Integration sowie Beratung dieser Menschen etablieren möchte. Binnen zwei Jahren soll die Einrichtung am Beispiel der Kommunen Gütersloh, Rietberg und Langenberg aufgebaut und erprobt werden.

Dank üppiger Fördergelder müsste die Gemeinde Langenberg lediglich einen Anteil von 7500 Euro an den Gesamtkosten von 280 000 Euro tragen. 20 000 Euro entfielen auf Güters-

loh, 75 000 Euro auf Rietberg, wo das Vorhaben am Dienstagabend ebenfalls im zuständigen Fachausschuss vorgestellt worden ist. Die Höhe der Beteiligung richte sich nach der Größe der Kommunen, erläuterte Brüggjenjürgen, der im Rhedaer Speckgürtel einen großen Bedarf an einem solchen Beratungsmodell sieht.

„Die sind nicht alle arm, und denen geht es auch nicht allen schlecht“, berichtete Brüggjenjürgen, der davon ausgeht, dass die meisten der hier lebenden Osteuropäer über das „Einstiegsmodell Werkvertrag“ nach Ostwestfalen gekommen sind. „Materiell ist es für die Menschen das große Los, wenn sie hier einen Job finden. Für unsere Verhältnisse aber ist es ein beschissenes Niveau“, sagte Brüggjenjürgen. Die Hauptleidtragenden seien die Kinder. „Sie sind hin- und hergerissen, leben in äußerst schwierigen Verhältnissen, haben kaum eine Chance, angemessen aufzuwachsen.“ Welche Kommune jetzt noch kein Integrationsproblem habe, werde eins bekommen, glaubt der Kreis Caritasvorstand.

„Es gibt Probleme in Hülle und Fülle, es würde mich freuen, wenn wir sie anpacken könnten“, warb Volker Brüggjenjürgen im zuständigen Fachgremium um Unterstützung für die Idee. Start könnte im Mai sein. Die Politik in Langenberg bat sich allerdings noch etwas Zeit aus. Man wolle das Thema erst in den Fraktionen und später während der Haushaltsplanberatungen aufgreifen, ehe man eine Entscheidung treffe.



Mit ihren Problemen sollen Werkvertragsarbeiter in einer interkommunalen Fachstelle zur Integration sowie Beratung einen Anlaufpunkt finden können. Dies strebt der Caritasverband im Kreis Gütersloh an. Langenberg könnte sich an dem Projekt beteiligen. Bild: dpa

Fleischindustrie lockt Osteuropäer

Langenberg (kvs). „Jeder, der aussteigen kann, steigt aus“, weiß Kreis Caritasvorstand Volker Brüggjenjürgen von etlichen Osteuropäern, die Tönnies und Co. den Rücken kehren, sobald sich eine Gelegenheit bietet. Die Menschen dort würden „maximal ausgebeutet“.

Das führe dazu, dass stetig neue Osteuropäer den Weg in das

„Zentrum der deutschen Fleischindustrie“ fänden. „Das ist wie ein sozialer Staubsauger.“ Nach 2014 habe sich die Situation deutlich verschärft: Seither sei es im Rahmen der EU-Freizügigkeit jedem Unionseuropäer gestattet, sich dauerhaft hier niederzulassen, wenn er einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht.

Der Kreis Caritasverband macht sich Brüggjenjürgen zufolge nicht die Illusion, man könne die gesamten Probleme innerhalb von zwei Jahren – so lang ist der Förderzeitraum – aus der Welt schaffen. Aber die Idee der dezentralen Beratung sei ein Einstieg, zudem eine Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten, „die hinten und vorne nicht ausreichen“.